



Die Basellbieter Regierung (im Bild rechts: Gesundheitsdirektor Thomas Weber mit Alain Berset) soll gegenüber dem Bundesrat eine aktivere Rolle einfordern. Bild: niz (Muttentz, 3.12.2020)

Gegenüber dem Bund Stärke zeigen

Die Basellbieter Regierung soll sich in Bern für weitere Öffnungsschritte starkmachen, fordert eine Landratsmehrheit.

Hans-Martin Jermann

Die Basellbieter Regierung muss sich beim Bundesrat für weitere Lockerungen einsetzen. Der Landrat hat mit 44 zu 34 Stimmen bei drei Enthaltungen einen Vorstoss der SVP gutgeheissen. Lautstark dagegen wehrte sich die grösste Fraktion im Parlament, die SP: «Die Pandemie lässt sich nicht einfach wegdiskutieren und wegentscheiden» sagte Fraktionschef Roman Brunner (Muttentz). Lockerungen müssten wohlüberlegt erfolgen unter Einbezug der Fallzahlen, der Impfkampagne, des Testens und des Contact-Tracings. Sicher nicht solle sich die Regierung bedingungslos für umfassende Lockerungen einsetzen, sagte Brunner. Auch die Sprecherin der Mehrheit der Grünen Erika Eichenberger (Liestal) nannte die pauschale Forderung nach Öffnungen fahrlässig.

SVP-Fraktionschef Peter Riebli (Buckten) wies die Kritik zurück: Eine sofortige bedingungslose Öffnung fordere niemand. Ein Teil der Forderungen

– der Vorstoss wurde im Februar eingereicht, aber vom Parlament nicht als dringlich überwiesen – sei mittlerweile erfüllt, so etwa die Öffnung der Läden. Aktuell sollten laut Riebli weitere Unternehmen öffnen können, die funktionierende Schutzkonzepte nachweisen können, so etwa Terrassenrestaurants. Explizit fordert der Vorstoss die Aufhebung der Homeofficepflicht.

Genereller Support statt Handlungsanweisung

Sukkurs erhielt die SVP von der FDP: Mit zunehmendem Schutz der Risikogruppen durch die Impfungen müssten Öffnungen ein Thema sein, die Infektionszahlen dürften nicht der alleinige Massstab sein, sagte Christof Hiltmann (Birsfelden). Die Basellbieter Regierung habe mit ihrem pragmatischen Kurs bisher einen guten Job gemacht. «Wir hatten im Basellbiet weniger Einschränkungen als etwa im Stadtkanton, dennoch fällt die gesundheitliche Coronabilanz nicht schlechter aus.» Hiltmann verstand den Vorstoss weniger

«Wir hatten im Basellbiet weniger Einschränkungen als im Stadtkanton, doch die gesundheitliche Corona-Bilanz fällt nicht schlechter aus.»

Christof Hiltmann
FDP-Landrat, Birsfelden

als konkrete Handlungsanweisung an die Regierung, denn als generellen Support für die Regierung, wieder stärker eine eigene Rolle einzufordern, wie er sagte. «Wir leben jetzt ein Jahr mit der Pandemie. Alles dichtlassen kann keine Strategie sein», fügte Fraktionskollege Marc Schinzel (Binningen) an.

Adil Koller (SP, Münchenstein) griff die SVP frontal an und lancierte damit ein parteipolitisch motiviertes Pingpong: Was die SVP treibe, sei Realsatire.

«Gesundheitspolitisch ignoriert ihr alle Experten – wie ein Kind, das bereits zweimal die heisse Herdplatte berührt hat und sich überlegt, dies ein drittes Mal zu tun.» Das Postulat sei das Resultat einer katastrophalen Politik des Bundesamts für Gesundheit, entgegnete Hanspeter Weibel (SVP, Bottmingen). Zwischentöne schlug Linard Candreia (SP, Laufen) an. Er habe Vertrauen in die Institutionen. Auch die Basellbieter Regierung mache einen guten Job. Der Vorstoss der SVP sei schlicht unnötig.

Grüne Lockerungsbefürworter gaben Ausschlag

Spannend schliesslich die Positionen bei den Grünen, deren Minderheit letztlich die Mehrheit für den Vorstoss beschaffte: Der Schaden der aktuellen Einschränkungen werde im Verhältnis zum Nutzen immer grösser, gab Laura Grazioli (Sissach) zu bedenken. Sie meine nicht bloss die wirtschaftlichen, sondern insbesondere die psychosozialen Schäden. Und davon seien Kinder, Jugendliche, Alleinerzie-

hende und Wenigverdienende besonders betroffen. Mit Peter Hartmann (Muttentz) begrüsst ein weiterer Grüner die Lockerungen. Im Gegensatz zu Grazioli enthielt er sich aber: «Weil ich mich mit den permanenten Nonplusultra-Forderungen der SVP nicht anfreunden kann.»

Als sich die Debatte im Parteienhickhack zu verlieren drohte, stellte Marc Scherrer (CVP, Laufen) Antrag auf Schliessen der Rednerliste. Er erinnerte daran, dass im vergangenen Frühling alle Einigkeit beschworen. «Und jetzt machen wir uns gegenseitig Vorwürfe. Das ist unseres Parlaments nicht würdig.» Der Antrag wurde mit grossem Mehr gutgeheissen, die Diskussion damit beendet und der Vorstoss überwiesen. Darüber, was das nun gebracht hat, blieb man sich uneins. Für die einen ist der Beschluss ein wichtiges Zeichen und Rückendeckung für die Regierung, in Bern wieder eine eigene Rolle einzufordern. Für die anderen war das eine Scheindebatte und ein weiterer unnötiger Akt der Symbolpolitik.

Gute Nachricht: Verzugszins soll gesenkt werden

Steuerrechnung Wer die Steuern zu spät bezahlt, muss Verzugszinsen bezahlen. 6 Prozent sind im Basellbiet fällig – das ist einer der schweizweit höchsten Sätze. Im Kanton Basel-Stadt etwa müssen «nur» 3,5 Prozent bezahlt werden. Nun fordert der Landrat von der Regierung tiefere Verzugszinsen. Er hat einen Vorstoss aus der FDP mit 77 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung klar gutgeheissen.

6 Prozent seien zu viel, auch angesichts der derzeit sehr tiefen Zinsen, lautete der Tenor im Parlament. Stefan Degen (FDP, Gelterkinden) sprach gar von einer «versteckten Gebühr». Ein hoher Verzugszins führe kaum zu früheren Zahlungen, damit sei umgekehrt mit einem tieferen Verzugszins auch keine Verschlechterung der Zahlungsmoral verbunden, argumentierte Degen. Auch Urs Kaufmann (SP, Frenkendorf) unterstützte den Vorstoss, verteidigte aber das Instrument: «Wenn die Steuern zu spät bezahlt werden, soll das spürbare finanzielle Konsequenzen haben. Der Verzugszins hat Strafcharakter und soll Gleichheit fördern.» Auch wehrte sich Kaufmann dagegen, die Höhe von Vergütungs- und Verzugszinsen aneinander zu koppeln. Der Vergütungszins, den neben Baselland nur wenige Kantone kennen, habe einen anderen Zweck; er soll dem Kanton vor allem Liquidität bringen.

Ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten forderten Sprecher aller Fraktionen einen tieferen Verzugszins. Wie tief, muss nun die Regierung klären. In der Motion war von 3 Prozent die Rede, allerdings wandelte die FDP den Vorstoss ins schwächere Postulat um, damit er mehrheitsfähig wurde. 2015 erhöhte Baselland den Verzugszinssatz von 5 auf 6 Prozent. Begründet wurde das auch mit der damals schlechten finanziellen Lage des Kantons. Für 2020 verzichtete die Regierung wegen Corona indes ganz auf die Erhebung eines Verzugszinses. (haji)

Zoff um mehr Stellenprozent am Gericht

Landratsmehrheit heisst unbefristete Aufstockung von Präsidien am Kantonsgericht gut.

Für verbale Scharmützel sorgte am Donnerstagmorgen im Landrat die beantragte Pensenaufstockung am Basellbieter Kantonsgericht. Konkret ging es um die Erhöhung von 170 auf 200 Prozent bei den Präsidien der Abteilung Strafrecht. Diese war und ist im Grundsatz unbestritten: Immer aufwendigere und umfangreichere Fälle – als Beispiel wurde der sogenannte Dojo-Prozess genannt – das vom Bund verordnete Beschleunigungsgebot und die Forderung nach einer aktiveren Rolle in der Beweisführung führen bei den Strafgerichten zu einem höheren Aufwand. Die Aufstockung führt zu Mehrkosten für den Kanton von 110 000 Franken pro Jahr.

Es sei wichtig, dass die Gerichte Planungssicherheit hätten, warb Béatrix von Sury (CVP,

Reinach) für eine definitive Pensenerhöhung. Es wäre zudem schlecht, würde ein Basellbieter Gericht von oben gerügt, weil es diese Vorgaben nicht erfülle.

Keinen Grund für ein weiteres Providurium

Der Bedarf von 200 Stellenprozent sei in einer Studie ausgewiesen, sagte Dominique Erhart (SVP, Oberwil). Es seien umgekehrt aber auch nicht noch höhere Ressourcen nötig. Es gebe daher keinen Grund für ein weiteres Providurium, fügte Erhart an. Er spielte damit auf die Tatsache an, dass das Parlament 2019 einer temporären Pensenaufstockung bis Ende 2020 zugestimmt hatte. Jetzt müsse eine definitive Lösung her. Dagegen wehrten sich FDP und SP: Sie plädierten dafür, die Aufsto-

ckung rückwirkend ab 1. Januar 2021 bis zum Ende der laufenden Amtsperioden an den Gerichten am 31. März 2022 zu bewilligen. Dann soll eine Ausleageordnung vorgenommen und auf dieser Basis eine definitive Lösung beschlossen werden, fand Tanja Cucè (SP, Lausen).

Für Balz Stüchelberger (FDP, Arlesheim) war die beantragte definitive Erhöhung gar formell unkorrekt. Dies entspreche nicht dem im kantonalen Personalgesetz festgeschriebenen üblichen Vorgehen. FDP-Fraktionschef Andreas Dürr fügte an: «Bei keiner anderen Personalie im Kanton würde man eine solche Lösung vorschlagen.»

Der Antrag der FDP, die Erhöhung bloss befristet bis zum Ende der Amtsperiode vorzunehmen, wurde mit 38 zu 48

Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Das Geschäft wurde in der Schlussabstimmung dann mit 48 zu 37 Stimmen bei zwei Enthaltungen gutgeheissen. Ja sagten SVP, Grüne und CVP, Nein FDP und SP.

Betroffene Richter sind Parteifreunde

Die Fronten verliefen in dieser Frage also nicht entlang der üblichen Linien. Vielleicht erklärt folgende Tatsache das Stimmverhalten der Fraktionen: Die 30 zusätzlichen Stellenprozent gehen an Enrico Rosa, der Mitglied der Grünen ist. Das zweite Präsidium der Abteilung Strafrecht hält mit Dieter Eglin ein SVPlar inne. Beide leisten Mandatsabgaben an ihre Parteien.

Hans-Martin Jermann

Nachrichten

Vortrittsberechtigtes Auto übersehen – Unfall

Füllinsdorf Am Mittwochmittag kam es in Füllinsdorf zu einer Kollision, wie die Polizei am Donnerstag mitteilt. Ein 51-jähriger Fahrer wollte von der Poolstrasse kommend nach links Richtung Liestal in die Giebenacherstrasse abbiegen. Er übersah dabei ein von links kommendes, vortrittsberechtigtes Auto, woraufhin die beiden Fahrzeuge miteinander kollidierten. Verletzt wurde niemand, die beiden Autos mussten von einem Abschleppdienst abtransportiert werden. (bz)

Architektur-Wettbewerb für neue Primarschule

Bottmingen Wegen steigender Schülerzahlen ist in Bottmingen die Erweiterung der Primarschule Talholz nötig. Die Gemeinde startet dazu einen Architekturwettbewerb. Die Architekten

sollen auf dem Planungserimeter Gebäude für sechs Klassenzimmer mit Gruppenräumen, Lehrpersonenzimmer, Musikschule, Räumen für den Mittagstisch und Tagesstrukturen sowie eine neue Doppelturnhalle anstelle der Einfachturnhalle Hämisgarten aus dem Jahr 1952 planen. Im Herbst entscheidet eine Jury, welches Projekt zur Ausarbeitung empfohlen wird. (bz)

50 000 Franken an Kindergarten-Neubau

Gempfen Für den Ersatzneubau des integrativen Kindergartens und der Tagessonderschule hat die Sonnhalde in Gempfen von der UBS-Stiftung für Soziales und Ausbildung eine Spende erhalten. Sie zahlt 50 000 Franken an den Neubau, wie die Sonnhalde mitteilt. Das Geld komme Kindern mit Beeinträchtigung, vor allem aus dem Spektrum Autismus, zugute. (bz)